«1:0 für die Gegenseite»

Der Sicherheitsexperte Stephan Reinhardt sagt, was die Polizei bei Krawallen tun kann – und was nicht

Die Krawalle am Hardplatz vom vergangenen Wochenende dürften die Sicherheitsbehörden, die Stadtzürcher Politik und die Quartierbevölkerung in Zürich Aussersihl noch eine Weile beschäftigen. Chaoten hatten die Polizei nach einer illegalen Party stundenlang mit Feuerwerk, Glasflaschen und Pflastersteinen attackiert. Das Ausmass der Sachbeschädigungen lässt sich noch nicht beziffern. Man erhalte weiterhin Meldungen von betroffenen Anwohnern, teilte die Stadtpolizei am Mittwoch auf Anfrage mit. Es sei von einer sechsstelligen Summe auszugehen. Zu klären werde auch sein, warum die Chaoten den einen Mannschaftswagen der Sicherheitskräfte hätten verlassen vorfinden und in aller Ruhe demolieren und anzünden können – und was daraus zu lernen sei, hiess es weiter.

Einer, der sich mit solchen Einsätzen auskennt, ist Stephan Reinhardt, früherer Kommandant der Aargauer Kantonspolizei und heute als Sicherheitsberater und Strafverteidiger in Zürich tätig. Er weiss, was die Polizei tun kann in derlei Situationen – und was nicht.



Totalschaden: Ein Fahrzeug der Stadtpolizei brannte vollständig aus. STADTPOLIZEI ZÜRICH

Herr Reinhardt, die Videos der Ausschreitungen beim Hardplatz wirken so, als hätten die Sicherheitskräfte die Krawallanten einfach machen lassen. Täuscht der Eindruck?
Ja. Wer vor Ort eingreifen, Straftaten verhindern oder deeskalieren will, muss zahlenmässig dazu in der Lage sein. Das war offensichtlich nicht der Fall. Die Polizei musste mit den Mitteln auskommen, die sie in dieser Nacht zur Verfügung hatte. Für ein Grossaufgebot war es wahrscheinlich zu spät. Und: Die Aktion mit den Böllern und Raketen war sehr gut vorbereitet. Die Chaoten hatten ihre «Munition» offenbar gebunkert. Um das vorauszusehen, fehlt die rechtliche Handhabe: Man kann diese potenziellen Täter auf vagen Verdacht hin nicht observieren oder deren Smartphones überwachen. Bei Terrorverdacht oder Kapitalverbrechen wäre die Ausgangslage eine andere.



«Die Polizei muss mit den Mitteln auskommen, die sie zur Verfügung hat.»

Stephan Reinhardt
Sicherheitsberater

PD

Stichwort Deeskalation: Ist das realistisch – bei einem aggressiven Mob von vermummten Krawallanten?
Man muss es zumindest probieren. Mit Abmahnungen per Megafon etwa, mit der Zusicherung, dass man der Gegenseite freies Geleit garantiere, wenn sie den Ort des Geschehens verlasse. Aber: Wer deeskalierend wirken will, muss gleichzeitig Stärke demonstrieren. Und wenn das nicht möglich ist, muss man sich wohl oder übel zurückziehen oder sich auf die Eingrenzung der Lage konzentrieren.

Vermummte Gewalttäter würden womöglich entgegnen: Polizisten in Kampfmontur seien an sich schon Grund genug, um sie anzugreifen.
Vielleicht, ja. Bei einem planbaren Einsatz wären Polizisten mit Schutzausrüstung und solche ohne vor Ort, die mit der Gegenseite den Dialog suchen würden. So lautet der Idealfall. Das Eskalationspotenzial beim Hardplatz hatten die Sicherheitskräfte vorher jedoch nicht auf dem Radar. Dann muss es schnell gehen, dann treten Polizisten halt in Schutzmontur auf.

Und ziehen sich dann zurück, weil die Schläger auf der anderen Seite in der Überzahl sind. Ist das nicht eine Steilvorlage für die nächste illegale Party mit Krawallen in Zürich?
Es ist zu befürchten. 1:0 für die Gegenseite, die unbehelligt Container und Polizeiautos abfackeln konnte. Das spornt an für die nächste Auseinandersetzung. Aber auch hier stellt sich die Frage: Wie weit wollen wir gehen in unserem Rechtsstaat? Wollen wir solche Delinquenten überwachen – noch dazu ohne ausreichend konkreten Tatverdacht?

Wäre die Nacht anders verlaufen, wenn doppelt so viele Polizisten ausgerückt wären?
Die Sicherheitskräfte hätten ganz andere Möglichkeiten gehabt, ja. Vielleicht hätte man den Gegner einkesseln können. Aber ein solches Aufgebot lag und liegt halt einfach nicht immer drin. Und: Druck erzeugt auch Gegendruck. Der Gegner würde beim nächsten Mal womöglich noch mehr Kräfte mobilisieren. Das wäre auch kein gutes Signal.

Hätte man Krawallanten in flagranti verhaften können?
Das ist schwer zu sagen. Wenn man einen festnehmen will, kommen ihm womöglich fünf oder sechs Kollegen zu Hilfe. Da ist es oft klüger, wenn sich die Polizei auf Beweisaufnahmen vor Ort konzentriert – nach den Ausschreitungen.

Wie kann man sich diese Arbeit der Ermittler vorstellen? Ist das Glücksache? Ein FCZ-Ultra konnte unlängst überführt werden, weil er am Tatort eine Ricola-Packung hatte fallen lassen . . .
DNA-Spuren sind wichtig, ebenso natürlich Videoaufnahmen und Daten von Mobiltelefonen. Welche Smartphones sind aktiv zum Tatzeitpunkt? Welche haben sich bei einer Mobilfunkantenne in der Nähe eingeloggt? Interessant finde ich auch die Frage nach den Pyros, die jeweils zu Hunderten verkauft werden. Es ist davon auszugehen, dass die Abnehmer kaum alle ein Boot auf dem Zürichsee besitzen und daher auf solche Notfallleuchtstäbe angewiesen wären. Wer kauft diese Pyros? Wo landen die in grossen Mengen? Mit einer Verfügung der Staatsanwaltschaft liesse sich das womöglich herausfinden.

Der Ricola-Täter wurde zu einer bedingten Freiheitsstrafe samt Geldstrafe in Höhe von 9000 Franken verurteilt, weil er die Glastür einer Turnhalle eingeschlagen und ein Transparent von GC-Fans gestohlen hatte. Eignen sich solche Urteile dazu, andere Chaoten von künftigen Straftaten abzuhalten?
Bei testosterongeladenen jungen Männern in einem aufgeputschten Umfeld erscheint mir das zweifelhaft. Zumal solche Täter davon ausgehen, dass sie ohnehin nicht erwischt werden.

Interview: Robin Schwarzenbach

40 000 Franken Graffiti-Schäden

R. Sc. · An einem Freitagabend Ende August hatten etwa hundert Personen aus der linksautonomen Szene den Lindenhof in Zürich besetzt. Die Stadtpolizei liess sie gewähren. Zwei Tage später hinterliessen die Vermummten ein Bild der Verwüstung: versprayte Hausfassaden, versprayte Mauern und jede Menge Abfall.

Jetzt ist klar, wie viel die Entfernung der Graffiti ungefähr kosten wird: Grün Stadt Zürich rechnet mit einem Aufwand von bis zu 40 000 Franken. Dies geht aus einer Antwort des Stadtrats auf eine Anfrage der Gemeinderätinnen Martina Zürcher (FDP), Karin Weyermann (Mitte) und 28 weiteren Parlamentariern hervor. Während des Happenings gingen 23 Lärmklagen ein, danach mussten 2,2 Tonnen Abfall beseitigt werden. Eine Rechnungsstellung zuhanden der Urheber sei nicht möglich, schreibt der Stadtrat. Und zwar aus einem einfachen Grund: Die Besetzer sind den Behörden nicht bekannt. Personalien wurden während der Besetzung keine aufgenommen.